

Einschleusung von Hetzmaterial in die DDR

Mehrfach wurden Versuche feindlicher Kräfte festgestellt, in die DDR Hetzschriften und andere Materialien zur Propagierung insbesondere revisionistischen, faschistischen und revanchistischen Gedankengutes illegal einzuführen und zu verbreiten.

Bei den Beschuldigten handelte es sich zum Teil um Personen mit direkter Verbindung zu neonazistischen Organisationen in den USA beziehungsweise zur sogenannten "Aktion Widerstand" und der NPD in Westdeutschland.

Bei der Einschleusung derartiger Hetzmaterialien wurden in einigen Fällen raffinierte Verstecke in Personenkraftwagen sowie die mißbräuchliche Ausnutzung des offiziellen Postverkehrs von staatlichen Institutionen der DDR beim Bezug von Literatur aus westlichen Ländern in Anwendung gebracht.

Versuche zur Schaffung von Widerstandsgruppen in der DDR

Im Berichtszeitraum konnten wiederholt Versuche zur Bildung staatsfeindlicher Gruppen im Gebiet der DDR festgestellt werden, wobei in drei Fällen eine unmittelbare Aktivität und Initiative von Personen, welche in Westdeutschland in das System der Feindtätigkeit gegen die DDR integriert sind, zu verzeichnen war. Diese Personen standen entweder in Verbindung mit neofaschistischen Kreisen oder führten in Westdeutschland im Rahmen der politisch-ideologischen Diversion und des Menschenhandels feindliche Aktionen gegen die DDR durch.

Die Zielstellung der geplanten staatsfeindlichen Gruppierungen beinhaltete hauptsächlich

- Zurückdrängung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterkl-asse und Betonung eines angeblichen Führungsanspruches durch Kreise der Intelligenz;